

## Positionspapier KJHZ Fürth gGmbH, VSJ e.V., mudra Nürnberg e.V.



KJHZ Fürth  
Gemeinnütziges Kinder- und  
Jugendhilfezentrum Fürth GmbH



**mu**|dra

Nürnberg, Fürth, Erlangen, Mai 2017

### **Zur Lebenssituation unbegleiteter minderjähriger und junger erwachsener Geflüchteter in der Jugendhilfe, im Speziellen aus Afghanistan**

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland. Zu diesem Schluss kommen der aktuelle UNHCR-Bericht (Dezember 2016) als auch Berichte von UNAMA sowie der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung. Seit sechs Jahren steigen die Zahlen ziviler wie auch militärischer Opfer in Afghanistan kontinuierlich an. Zuletzt wurden in 2016 rund 12.000 zivile Opfer gezählt, ein Drittel davon Kinder. Der UNHCR kommt zu der Einschätzung, dass in Afghanistan von einem Bürgerkrieg im Sinne der EU-Richtlinien des ART 15c auszugehen ist. Der Bericht verneint zudem die Pauschalisierung sicherer Regionen in Afghanistan. Zuletzt kam mit der MOAB-Bombe das größte nichtnukleare Waffensystem durch westliche Streitkräfte zum Einsatz. Afghanistan ist ein Kriegsgebiet.

Vor diesem Hintergrund sind die uns anvertrauten Jugendlichen dem Krieg und Terror in ihrer Heimat entflohen. Sie sind, trotz ihrer Traumata und ihrer unfreiwilligen Trennung von Familie und Heimat, extrem motiviert, sich in unserem Land zu integrieren und in hohem Maße ausbildungswillig. Angesichts von über 30.000 unbesetzten Lehrstellen alleine in Bayern 2016 bieten die rund 15.000 umF in Bayern ein wichtiges und notwendiges Potential für Industrie, Handwerk und Wirtschaft. Die CDU/CSU geführte Bundesregierung hat dies erkannt und mit dem 2016 verabschiedeten Integrationsgesetz und der „3 + 2 Regel“ bzw. dem §60a Abs. 2 eine zukunftsweisende und wichtige Weichenstellung ermöglicht. Geflohenen Menschen, im speziellen jungen Flüchtlingen sowie Ausbildungsbetrieben ermöglicht diese Regelung eine dringend notwendige Planungssicherheit und Zukunftsperspektive.

Ein Schwerpunkt unserer pädagogischen Arbeit ist es, junge Menschen im Hinblick auf die Integration in die vorfindliche Gesellschaft zu unterstützen und zu fördern. Für junge geflohene Menschen, die unter dem Schutz der Jugendhilfe stehen, ist eine Perspektive zwingend notwendig, um den gewaltigen Herausforderungen diszipliniert, konzentriert und auch motiviert gerecht werden zu können. Junge Menschen streben nach Anerkennung und dem Gefühl, wertig und wichtig zu sein. Es ist geradezu fatal und fahrlässig, diesen jungen Menschen eine Perspektive zu verwehren und ihnen zu signalisieren, in unserem Land

unerwünscht zu sein. Junge Menschen sind extrem beeinflussbar – im Guten wie im Bösen. Wir wenden alle unsere Kraft und unser pädagogisches Geschick auf, um Jugendliche im positiven Sinne für die Gesellschaft und unsere Wirtschaft zu fördern und leisten dabei gemeinsam mit ungezählten ehrenamtlichen Unterstützern eine wertvolle Arbeit. Die momentane Ablehnungswelle, vor allem gegenüber jungen Afghanen und die Ablehnung von Ausbildungserlaubnissen konterkarieren unsere Arbeit, wie auch die Integrationsbemühungen von Schulen und Ausbildungsbetrieben.

Die Verunsicherung unter den jungen Geflüchteten beginnt den Grad der Hoffnungslosigkeit zu erreichen. Wenn man jungen Menschen Hoffnung, Perspektive und Wertschätzung verwehrt, nimmt man willentlich in Kauf, dass sie sich von ihrem gewolltem Weg der Integration abbringen lassen und u.a. empfänglich sind für Gruppierungen, die sich diese Dynamik zu nutzen machen und junge Menschen für ihre Ziele instrumentalisieren und missbrauchen.

Für eine stabile Persönlichkeitsentwicklung und Integration in unsere Wertegesellschaft ist eine Perspektive zwingend notwendig, ebenso für die professionelle Arbeit von uns Pädagogen und Pädagoginnen, für die Integrationsbemühungen von Industrie, Handel und Handwerk sowie für die zahllosen ehrenamtlichen Helfer privat, in Vereinen, Kirchengemeinden etc.

Wir fordern daher dringend und schnellstmöglich:

- **jungen Flüchtlingen die Chance auf Ausbildungen konsequent zu erteilen, unabhängig von Stand und Ausgang des Asylverfahrens, unabhängig von Nationalität und der sogenannten „Bleibeperspektive“;**
- **den Ausländerbehörden durch das Innenministerium eine eindeutige Weisung zur konsequenten Anwendung der gesetzlichen Grundlage nach §60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG zu erteilen.**

Darüber hinaus fordern wir die bayerische Staatsregierung auf:

- **Die aktuelle Situation in Afghanistan entsprechend den aktuellen UNHCR-Berichten (u.a.) anzuerkennen und einen Abschiebestopp anzuordnen, wie dies bereits mehrere Bundesländer praktizieren bzw. zunehmend in Erwägung ziehen.**